

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
"NEIN ZUR SCHWÄCHUNG UNSERER ARMEE"

Presseausschuss, Postfach 1161, 3001 Bern, Tel. 031/44 58 94

An die Redaktionen der
Deutschschweizer und räto-
romanischen Medien

Bern, 2. März 1987

Sehr geehrte Damen und Herren

Am Abend des kommenden 5. Aprils werden wir des Schweizers Antwort auf eine Art Gretchenfrage wissen. Die Antwort auf die Frage, wie wir es heute mit unserer Armee und unserem Wehrwillen halten. Entscheidet sich der Stimmbürger für unsere Landesverteidigung, wird er dem Rüstungsreferendum eine deutliche Abfuhr erteilen - und damit gleichzeitig das Ergebnis jener Volksabstimmung vorwegnehmen, bei der es um die vollständige Abschaffung unserer Armee gehen wird.

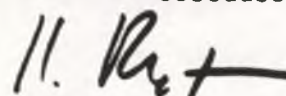
Auf den Zusammenhang zwischen dem Rüstungsreferendum und der Abschaffungsinitiative macht CVP-Nationalrat Gianfranco Cotti, Locarno, aufmerksam. In seinem Beitrag warnt er vor dem sozialpolitischen Deckmäntelchen und Blendwerk der Initianten. Der Basler FDP-Nationalrat Dr. Paul Wyss weist auf die militärischen, staatspolitischen und staatsrechtlichen Ungereimtheiten der Initiative hin und kommt zum Schluss, dass eine Annahme des Rüstungsreferendums die Schwächung der Ueberlebenschancen unserer Soldaten zur Folge haben würde. Dr. Rolf Haeberli schliesslich schreibt über die berechtigte Mühe, die einige der Armee nicht ablehnend gegenüberstehende Sozialdemokraten mit der "Stossrichtung" ihrer Genossen bekunden.

Dürfen wir Sie bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass die Pressekonferenz des Schweizerischen Aktionskomitees "Nein zur Schwächung unserer Armee" am

Montag, 23. März 1987, 10.30 Uhr im
Bahnhofbuffet Bern, Saal Albula

stattfinden wird. Wir würden uns freuen, wenn Sie diesen Termin für uns freihalten könnten.

Mit freundlichen Grüssen
Für den Presseausschuss



Hanspeter Merz

Beilagen erwähnt

Das Rüstungsreferendum:

Eine mit sozialen Argumenten überdeckte Falle

Von CVP-Nationalrat Gianfranco Cotti, Locarno

Die Initianten des Rüstungsreferendums preisen ihre Vorlage an mit verführerischen Argumenten wie Verbesserung der Demokratie und Förderung der Sozialausgaben. Dass dies aber Scheinargumente sind, die vom wahren Ziel dieser Initiative ablenken wollen, liegt auf der Hand. Ihre wahren Ziele sind:

- die Schwächung der Armee
- die Verunmöglichung eines langfristigen Rüstungskonzeptes
- die Gefährdung von Militärgeheimnissen.

Ginge es den Initianten wirklich darum, die Volksrechte zu verstärken, so müssten sie doch logischerweise das Finanzreferendum für alle Ausgabenbereiche und nicht nur für die Rüstung fordern. Dies wollen sie aber unbedingt vermeiden, denn sie wissen, dass sie mit einem solchen Antrag beim Volk erst recht kein Gehör finden würden.

Sind die Initianten wirklich um den Ausgleich des Bundeshaushaltes besorgt? Wohl kaum! Die Entwicklung der Rüstungsausgaben zeigt klar, dass sich dieser Ausgabenposten in den letzten Jahrzehnten unterdurchschnittlich entwickelt hat, 1960 fielen noch 37 Prozent der Bundesausgaben darunter, 1970 noch 26 Prozent und heute gar nur noch 21 Prozent. Wäre man also wirklich in Sorge um den Bundeshaushalt, hätte man wohl andere Ausgabenbereiche gewählt.

Das wahre Ziel des Rüstungsreferendums liegt also woanders. Ich erinnere an die kürzlich eingereichte Initiative "für eine Schweiz ohne Armee". Dieses Volksbegehren zielt in dieselbe Richtung wie das Rüstungsreferendum. Es geht nicht um mehr Demokratie, nicht um Ausgabendisziplin; es geht um die Aushöhlung unserer Wehrbereitschaft. Ganz nach dem Motto "Steter Tropfen höhlt den Stein" soll mit dem Rüstungsreferendum unsere Armee geschwächt werden. Ich möchte dies anhand zweier Punkte zeigen.

Die Sicherheitskette soll gesprengt werden

Das Volksbegehren "für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben" richtet sich gegen die Effizienz der Rüstungsbeschaffung oder versucht gar, diese zu verunmöglichen. Auf keinem anderen Gebiet wie diesem werden langfristige Pla-

nung und Konzepte verlangt. Hier darf kein Sachgeschäft isoliert betrachtet werden. Durch ein Referendum wächst aber die Gefahr einander sich widersprechender Entscheide. In der Kette unserer Landesverteidigung würde plötzlich ein Glied fehlen. Unsere Sicherheit wäre gefährdet.

Die Rüstungsbeschaffung ist ausserdem ein Gebiet, das sich wenig für die öffentliche Diskussion eignet. Es bestehen Zwänge der Geheimhaltung. Lieferanten verlangen verständlicherweise, dass keine Details über ein bestimmtes Waffensystem in die Öffentlichkeit gelangen. Auch dürfen Elemente unseres Sicherheitsdispositives, wie zum Beispiel Standorte von Festungswerken, Wirkungs- und Einsatzweisen von Waffensystemen, nicht bekanntgegeben werden. Der Information der Öffentlichkeit sind also starke Grenzen gesetzt, der Souverän müsste Entscheide fällen, ohne über eine genügende Kenntnis der Materie zu verfügen. Das dies das ideale Mittel ist, um die Stimmabstinz zu fördern, sei nur ganz am Rande erwähnt.

Die Annahme des Rüstungsreferendums hätte auch negative Auswirkungen gegen ausen zur Folge. Dauernde öffentliche Diskussionen könnten als ein Nachlassen unseres Wehrwillens aufgefasst werden, die Abschreckungswirkung unserer Armee würde beeinträchtigt.

Es ist deshalb zu hoffen, dass sich der Bürger nicht durch die mit anziehenden sozialen Argumenten ausgeschmückte Falle der Initianten des Rüstungsreferendums täuschen lässt. Denn schliesslich ist es unsere Armee, die nicht nur unsere soziale Wohlfahrt und unsere wirtschaftlichen Errungenschaften, sondern auch unsere persönliche Freiheit verteidigt.

(55 Zeilen)

Abstimmen über Stgw und Armeepelerinen?

Rüstungsreferendum schwächt Ueberlebenschancen unserer Wehrmänner

Von FDP-Nationalrat Dr. Paul Wyss, Basel

Die Initianten des am 5. April zur Abstimmung gelangenden Rüstungsreferendums verlangen, dass die sogenannten Rüstungsprogramme, mit denen die Kredite für die Beschaffung neuer Waffen sowie die Errichtung militärischer Bauten angefordert werden, dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Beschliesst das Parlament zum Beispiel, dass ein neues Sturmgewehr (Stgw) für unsere Wehrmänner oder neue Pelerinen oder neue Verschlüsselungsgeräte oder neue Schützenpanzer oder Helikopter usw. beschafft werden sollen, so könnten 50'000 Stimmbürger oder acht Kantone eine Volksabstimmung über diese Beschaffung herbeiführen.

Warum nur Rüstungsgüter?

Ich kann mir vorstellen, dass unser "Volk von Schützen" über ein neues Gewehr kompetent zu urteilen wüsste. Aber um derartige Beschaffungen - auch zum Beispiel Pelerinen, Schlafsäcke und dergleichen - geht es ja den Initianten nicht. Nicht diese relativ unbestrittenen Projekte will man erschweren oder verhindern, sondern die Beschaffung von Panzern, neuer Munition, von Flugzeugen und Artilleriegeschützen, von Helikoptern für Kampf und Transport, den Bau oder die Modernisierung von Festungen und sonstigen Geländeverstärkungen.

Hand aufs Herz: Wer würde sich kompetent fühlen, über die Zweckmässigkeit des Kaufs dieses oder jenes Lokomotivtyps für die SBB zu entscheiden? Dabei ist es wahrscheinlich noch einfacher, sich ein Urteil über eine Lokomotive zu bilden als über moderne Uebermittlungsgeräte für den militärischen Gebrauch oder über ein Feuerleitgerät der Fliegerabwehr. Erschwerend käme hinzu, dass es ein begründetes militärisches Interesse an der Geheimhaltung gibt. Eine ganze Reihe von Informationen können und dürfen nicht in die Oeffentlichkeit getragen werden.

Die Kontrolle funktioniert

Die Befürworter des Rüstungsreferendums argumentieren auch damit, dass es um die Möglichkeit demokratischer Kontrolle gehe. Da muss ich zuerst fragen, wieso sich diese Kontrolle nur auf den Bereich der Rüstung der Milizarmee erstrecken soll! Wieso nicht auch die Beschaffung von Lokomotiven für die SBB, die Forschungskredite des Nationalfonds, die sozialpolitischen Kreditbegehren, die Beiträge an die Entwicklungshilfe, die Subventionen usw. dem Volk unterbreiten? Etwa weil die Rüstungskredite so enorm wären? Das wäre kein Argument, machen doch die eigentlichen Rüstungsausgaben gerade noch sieben Prozent der Bundesausgaben aus.

Fest steht, dass es bei uns eine demokratische Kontrolle der Rüstungsausgaben gibt, die weiter geht, als in jedem anderen Land. In der Schweiz entscheidet das Parlament - das ja vom Volk gewählt ist - zweimal über die Beschaffung von Waffen, Geräten und Ausrüstungsgegenständen: Bei der Beratung eines Rüstungsprogrammes, also einer Sammelvorlage von Beschaffungsanträgen des Bundesrates, und im Dezember jeden Jahres, wenn der Voranschlag (das Budget) des Bundes diskutiert und beschlossen wird, in dem der im betreffenden Jahre zu bezahlende Teil der verschiedenen Rüstungsprogramme enthalten ist. Als ehemaliges Mitglied der Militärkommission kann ich aus eigener Anschauung bestätigen, dass die Kreditgesuche für die Armee mit grosser Seriosität geprüft werden.

Auf dem Buckel unserer Soldaten?

Aber um all das geht es den Linksextremen, die die SP zu dieser Initiative überredet haben und die nur mit Unterstützung armeefeindlicher Kreise zustande gekommen ist, doch gar nicht. Sonst würden sie ein generelles Finanzreferendum verlangen. Ihnen ist es darum zu tun, unsere Armee, das heisst im Endeffekt unsere Wehrmänner, zu schwächen, ihnen Mittel vorzuenthalten, die wir in einem möglichen Ernstfall dringend benötigen würden. Und das würde erreicht, selbst wenn nie ein Referendum gegen ein bestimmtes Rüstungsprogramm ergriffen würde und zustande käme. Denn generell würde sich eine grosse Unsicherheit über jedes Beschaffungsvorhaben legen: Wird das Referendum ergriffen? Läuft man Gefahr, dass das betreffende Rüstungsprogramm abgelehnt wird - dank unsachlicher Polemik zum Beispiel, wie

wir sie auch schon erlebt haben? Eine Verzögerung der Bestellung nach Beschluss des Parlaments wäre jedenfalls unvermeidlich. Und dadurch würde unser ohnehin kompliziertes Verfahren für die Beschaffung neuer Waffen - die, ich betone das, für unsere Soldaten bestimmt sind, die unser Volk schützen sollen - noch zeitraubender.

Die Einführung eines Referendums für Rüstungsprogramme kommt aus verschiedenen Gründen nicht in Frage: aus militärischen, aus staatspolitischen und staatsrechtlichen. Vor allem aber auch nicht, weil die Chancen des einzelnen Wehrmannes im hoffentlich nie eintretenden Ernstfall geschwächt würden. Deshalb am 5. April Nein zum Rüstungsreferendum.

Die Je-nach-dem-Demokratie der SP

Zur Volksabstimmung über das Rüstungsreferendum

Ginge es nach dem Argumentenkatalog der SPS, richtete sich das Rüstungsreferendum, über das wir am ersten April-Wochenende abzustimmen haben, nicht gegen die Armee. Seine Partei, so der freiburger Ständerat Otto Piller als Präsident des SP-Abstimmungskomitees an einer Pressekonferenz in Bern, stehe zur Landesverteidigung und lasse sich nicht als Armeegegnerin apostrophieren.

Nun, solche "Armeefreundlichkeit" kommt offensichtlich vielen Leuten im eigenen politischen Lager nicht ganz geheuer vor. Sonst hätten die Initianten des Rüstungsreferendums nicht derart Mühe bekundet, für ihr Anliegen die nötigen Unterschriften zusammenzubringen. Das entsprechende Volksbegehren kam denn auch nur mit der Schützenhilfe von Linkssozialisten, Kommunisten, POCH und anderen armeefeindlichen Gruppierungen zustande, das heisst mit der Unterstützung von Kreisen welche auch hinter der Initiative zur Abschaffung der Armee stehen.

Das Rüstungsreferendum soll nach der Darstellung der Initianten für mehr Demokratie bei Militärausgaben sorgen. Dieses Argument ist insofern scheinheilig, als die Initiative nur einen Teilbereich der Bundesausgaben anvisiert und die Aufwendungen auf sozialem Gebiet, für das Bundespersonal, für die Bildung, die Entwicklungshilfe usw. usw. ungeschoren lässt. Die Befürworter werfen den Gegnern vor, diese hätten Angst vor dem Volk, darum lehnten sie das Rüstungsreferendum ab. Weshalb aber wollen die gleichen Befürworter von einer Mitsprache des Volkes bei andern Bundesausgaben, also von einem allgemeinen Finanzreferendum, nichts wissen? Weil sie selber keine Angst haben...? Diese "Logik" führt allein schon die Behauptung von der armeefreundlichen SP ad absurdum.

Die einseitig nur für Militärausgaben verlangte Mitsprache des Volkes läuft auf eine Je-nach-dem-Demokratie hinaus. Der Zweck ist klar: Mit Hilfe eines (verunsicherten) Souveräns hoffen die Befürworter des Rüstungsreferendums, ihnen nicht genehme Vorlagen für die Landesverteidigung bodigen zu können. Was aber, wenn diese Rechnung nicht aufginge? Dann würde die Demokratie so interpretiert wie schon so oft nach Volksabstimmungen: Stimmt der Bürger so, wie man es von ihm erwartet, preist man Volkes Stimme als Gottes Stimme;

"spurt" er dagegen nicht, dann ist er tumb, schlecht informiert, der "Demagogie" oder dem Geld des gegnerischen Abstimmungskomitees zum Opfer gefallen...

A propos Information des Stimmbürgers: Sie wäre bei Rüstungsvorlagen besonders problematisch. Wenn schon das Volk das letzte Wort haben sollte, dürfte man ihm nicht zumuten, gewissermassen die Katze im Sack kaufen zu müssen. Mit andern Worten, man müsste ihm die nötigen Informationen für die Meinungsbildung liefern, sonst wäre der Urnengang eine Farce. Das hinwiederum ginge zulasten der Geheimhaltung. Zwar würden dadurch einige Spionage-Agenten in der Schweiz arbeitslos, was an sich kein Unglück wäre, doch würde auch das ganze Beschaffungsverfahren in Frage gestellt.

Das träfe namentlich für den Kauf von ausländischem Material zu. Es wäre zumindest zweifelhaft, ob sich die Schweiz nach Einführung eines Rüstungsreferendums, das eine "Auslegeordnung" über Details der Beschaffung zur Folge hätte, überhaupt noch mit neuen Rüstungsgütern versorgen könnte. Denn begreiflicherweise verlangen ausländische Lieferanten von Armeematerial die Respektierung der gleichen Geheimhaltungsvorschriften, wie sie auch für Lieferungen an den eigenen Staat gelten. Einheimische Eigenentwicklungen anderseits wären entweder eine Illusion oder kämen horrend teuer zu stehen, ganz abgesehen davon, dass man auch für solche Beschaffungen nicht alles an die grosse Glocke hängen dürfte.

Die Schwierigkeit der Information ist nur ein - wenn auch wichtiger Grund, um das Rüstungsreferendum abzulehnen. Dieses könnte zudem dazu führen, dass unsere Bereitschaft zur Behauptung der Unabhängigkeit im Ausland nicht mehr ernst genommen würde.

Dr. Rolf Haerberli